

TOP-THEMA » FLÜCHTLINGSVERSORGUNG

AUFNAHMELAGER IN HESSEN

Helfer auf Honorarbasis gesucht

NEU-ISENBURG. Für die Erstuntersuchung von Flüchtlingen in hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen sucht der Landesverband des Malteser Hilfsdiensts Ärzte. Die Bezahlung für die Unterstützung der „Medical Check“-Teams erfolgt auf Honorarbasis: In der Erstuntersuchung beträgt diese 11,37 Euro pro Person; in der Erstuntersuchung mit Impfung 15,34 Euro pro Person. Eine Haftungsabsicherung besteht laut Angaben des Malteser Hilfsdiensts; der durchschnittliche Zeitbedarf pro Person belaufe sich auf sechs bis sieben Minuten.

Der Einsatz in den Erstaufnahmeeinrichtungen umfasst die allgemeine körperliche Untersuchung, die Anamnese, Untersuchung auf übertragbare Krankheiten sowie die Überprüfung des Impf-Status und Impfung. Termine und Einsatzorte werden flexibel – nach aktuellem Bedarf – bekannt gegeben. „Wir fragen Verfügbarkeit über unsere Dienstvergabe per SMS/E-Mail ab“, heißt es auf einem Werbeplakat. Eine Facharzt-Ausbildung sei nicht erforderlich. (jk)

Interessierte können sich unter www.malteser.org/medical-check registrieren.

PRAXISALLTAG

Brandenburger Ärzte haben Info-Bedarf

POTS DAM. Die Ärzte in Brandenburg haben einen enormen Informationsbedarf zur Versorgung von Flüchtlingen in ihren Praxen. Das zeigt die große Nachfrage nach den Informationsveranstaltungen der KV Brandenburg (KVBB) zu diesem Thema.

Rund 250 ambulant tätige Ärzte und Psychotherapeuten in Brandenburg haben in den vergangenen Wochen an drei KVBB-Fortbildungen zur Flüchtlingsversorgung teilgenommen. „Die hohe Teilnehmerzahl zeigt, wie groß die Motivation und Bereitschaft innerhalb der Ärzteschaft ist, sich für alle Menschen, die aktuell in Brandenburg leben, zu engagieren“, so KVBB-Chef Dr. Hans-Joachim Helming.

Viele Fragen und Diskussionen auf den Veranstaltungen dreht sich Helming zufolge um Probleme, die dringend auf der politischen Ebene gelöst werden müssen. „Zunehmend berichten Ärzte über Zuständigkeitsunklarheiten bei Gesundheits- und Sozialämtern, schleppende Bearbeitung von Vorgängen und Bezahlungen von Behandlungen“, so der KVBB-Chef. Probleme würden zudem die Bereitstellung von Sprachmittlern und die Verordnung von Medikamenten sowie Heil- und Hilfsmitteln bereiten.

„Ich hoffe, dass Punkte wie diese schnell und zielgerichtet auf der politischen Ebene mit uns geregelt werden können, damit dieser zusätzliche bürokratische Aufwand aus den Praxen herausgehalten werden kann. Dann haben unsere Ärzte auch wieder mehr Zeit, sich bedarfsgerecht um ihre Patienten zu kümmern“, so Helming. (ami)

Pflege: Pilotprojekte setzen auf junge Flüchtlinge

Um dem Fachkräftemangel in der Altenpflege effektiv zu begegnen, setzen Pilotprojekte heute auf Ausbildungsangebote für Flüchtlinge. Die ersten Initiativen tragen bereits Früchte.

VON JANA KÖTTER

NEU-ISENBURG. Syrien, Afghanistan, Westafrika: Es sind nicht nur die Herkunftsländer zahlreicher junger Migranten, die in diesen Tagen nach Deutschland kommen. Es sind auch die Heimatländer vieler Patienten und Pflegebedürftiger in deutschen Krankenhäusern und Pflegeheimen.

Doch türkische oder arabische Sprachkenntnisse sind im Berufsalltag von Krankenpflegern aktuell noch eine Seltenheit – ebenso wie interkulturelle Kompetenz. Und das, obwohl sie oft eine wichtige Hilfe sein können, um sich mit den Patienten zu verständigen.

Dass Pflegepersonal mit interkulturellem Hintergrund ein Vorteil sein kann, weiß Marco Hahn, Schulleiter der Vivantes-Fachschule für interkulturelle berufliche Bildung Paulo Freire, genau. Doch gerade Flüchtlinge und Migranten hätten oft keine anerkannten Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse – und somit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Kultursensibles Curriculum

Seine Berufsfachschule bietet deshalb vor allem jungen Menschen mit Migrationshintergrund eine staatlich anerkannte zweijährige Ausbildung zum Sozialassistenten mit dem Schwerpunkt Pflege. Sie hat einen Umfang von 2720 Stunden und zeichnet sich durch ein eigenes, kultursensibel ausgestaltetes Curriculum aus.

Angeboten wird auch eine sechsmonatige Basisqualifikation in der Pflege, als Vorbereitung für die zweijährige Ausbildung zum Sozialassistenten. Es gibt Deutsch- und Integrationskurse sowie die Möglichkeit, einen Mittleren Schulabschluss zu machen.



Der Personalbedarf in der Pflege ist allein mit deutschen Auszubildenden wohl nicht zu stemmen. © ALEPHULL / FOTOLIA.COM

„Eine sinnvolle Arbeit ist für viele der beste Weg, in Deutschland Fuß zu fassen.“

Andrea Nahles (SPD)
Bundesarbeitsministerin

chen. Voraussetzung sind laut Werbeflyer aber „solide Deutschkenntnisse in Wort und Schrift“.

Najib Jakobi erfüllte diese Voraussetzungen vor mittlerweile rund drei Jahren: Er kam vor fast 14 Jahren aus Afghanistan, war einer der ersten Absolventen der Berufsfachschule Paulo Freire und pflegt heute in einem Seniorenheim alte Menschen.

Wenn aus den jungen Flüchtlingen Fachkräfte für das deutsche Gesundheitssystem werden, hat das nicht nur Vorteile für Patienten mit Migrationshintergrund, sondern könnte auch helfen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen: Bis 2030 werden laut Schätzungen der Diakonie etwa 50 000 neue Mitarbeitende in der Pflege gebraucht. „Also liegt es nahe, diese zwei Dinge miteinander zu verbinden: die Notwendigkeit der Integration und den Bedarf an Pflegekräften“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Auch das Diakonische Werk Württemberg, Welcome Center Sozialwirtschaft, Samariterstiftung und weitere Partner bieten Asylbewerber die Möglichkeit einer Ausbildung in Branchen, wo es an Fachkräften mangelt: Im Landkreis Böblingen etwa

gingen jüngst Pilotprojekte in der Altenpflege und in der Hauswirtschaft an den Start. Zwölf neue Auszubildende in der Pflege werden nun bis zum Herbst 2016 ihre Praxisstellen in den fünf Häusern der Samariterstiftung in und um Leonberg finden.

Verantwortung übernehmen

Zur Würde des Menschen gehöre, dass er Verantwortung übernimmt, für sich, für seine Nächsten, für die Gesellschaft, betont Kaufmann. „Deshalb tragen wir dazu bei, dass Flüchtlinge die Möglichkeit haben, durch ihre Arbeit für sich und ihre Familie sorgen zu können. Das ist der größte Wunsch der Flüchtlinge selbst.“

Das Pilotprojekt soll mit Blick auf eine entsprechende Ausweitung fortlaufend evaluiert werden – und könnte so auch Vorbild sein. Das Bundesarbeitsministerium will entsprechende Konzepte unterstützen: „Eine sinnvolle Arbeit ist für viele der beste Weg, in Deutschland Fuß zu fassen“, sagte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) jüngst bei einem Besuch der Berliner Berufsfachschule Paulo Freire – und bekräftigte dabei, dass junge Asylbewerber, die eine Ausbildung in Deutschland begonnen hätten, diese auch hier beenden könnten.

Ärzttekammer organisiert Flüchtlingsgipfel

Wie die Versorgung der Flüchtlinge stemmen? In Sachsen-Anhalt hat die Ärztekammer zum Gespräch geladen. Ein Problem wurde schnell deutlich: zu wenig Räume und Personal.

VON PETRA ZIELER

MAGDEBURG. Nicht über-, sondern miteinander reden, gemeinsam Lösungen finden, das war Ziel eines Flüchtlingsgipfels, zu dem die Ärztekammer Sachsen-Anhalts jüngst eingeladen hatte.

Nach ihren Besuchen in den beiden zentralen Aufnahmestellen des Landes hatten Kammerpräsidentin, Dr. Simone Heinemann-Meerz, Ver-

treter des Innen- und Sozialministeriums, der beiden Universitäten, der Kassenärztlichen Vereinigung sowie die Amtsärzte an einen Tisch gebeten. „Aus Katastrophen, ob durch Unwetter oder Unfälle, wissen wir: Wenn die Welt zusammenkommt, lassen sich Probleme schnell und gut lösen. Mich frustriert, dass globale Lösungen in der Flüchtlingsfrage nach wie vor fehlen“, so Heinemann-Meerz.

Obwohl der Kammerpräsidentin zunächst fast Amtsanmaßung wegen der Einladung vorgeworfen wurde (sie sei dafür nicht zuständig), sprachen sich am Ende der vierstündigen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen alle Teilnehmer für eine Neuaufgabe im ersten Quartal des kommenden Jahres aus.

In der Kritik aus ärztlicher Sicht standen vor allem die schwierigen hygienischen Bedingungen in Halberstadt sowie Probleme bei den Erstun-

tersuchungen und viel zu wenig Personal. Dabei war ein entsprechender Aufruf der Ärztekammer an Mediziner im Ruhestand auf großes Echo gestoßen. Doch ein Großteil der Ärzte, die sich gemeldet hatten, kam gar nicht zum Einsatz. Und das nicht etwa, weil es an Arbeit fehlte, es gab schlicht zu wenig Räumlichkeiten. Aus diesem Grund könne in der Aufnahmestelle Halberstadt auch nicht geimpft werden.

Heinemann-Meerz sagte: „Die Folgen einer möglichen Epidemie sind ungleich teurer als die Investition in vernünftige und ausreichende Räumlichkeiten.“ Mehraufwand und höhere Kosten verursache auch die Entscheidung, analog statt digital zu röntgen. Ganz zu schweigen vom Problem der Aufbewahrung von tausenden Aufnahmen über einen Zeitraum von zehn Jahren. Noch, meint die Kammerpräsidentin, seien Ärzte und

Schwestern „gut drauf“. Doch die Stimmung bröckele.

„Dabei ist das Nadelöhr gar nicht die medizinische Versorgung, sondern die Bearbeitung der Asylanträge.“ Hinzu käme die verordnete Langeweile. Hilfen von Seiten der Flüchtlinge seien nicht vorgesehen. „Wir haben durchgesetzt, dass bei der Aufnahme künftig nach den Beruf gefragt wird“, sagte Heinemann-Meerz. Es gebe auch etliche Ärzte unter den Ankommenden, die durchaus wertvolle Hilfe leisten könnten, ohne medizinisch tätig zu sein. An den strengen Approbationsverfahren in Deutschland will die Kammerpräsidentin nicht rütteln. „Wer in Deutschland Arzt sein will, muss neben fachlichen Voraussetzungen auch unsere Sprache beherrschen.“ Bislang haben 53 ausländische Ärzte eine Fachsprachprüfung an der Uni Halle absolviert. 36 von ihnen haben sie bestanden.